

No. 48407*

**Germany
and
Russian Federation**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Russian Federation concerning support for the Russian Federation in eliminating the nuclear and chemical weapons it has pledged to reduce. Moscow, 16 December 1992

Entry into force: 11 May 1993 by notification, in accordance with article 11

Authentic texts: German and Russian

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 1 March 2011

*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.

**Allemagne
et
Fédération de Russie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Fédération de Russie relatif à l'assistance à la Fédération de Russie dans l'élimination des armes nucléaires et chimiques qu' il s'est engagé à réduire. Moscou, 16 décembre 1992

Entrée en vigueur : 11 mai 1993 par notification, conformément à l'article 11

Textes authentiques : allemand et russe

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 1er mars 2011

* Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes reproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Russischen Föderation

**über Hilfeleistung für die Russische Föderation bei der
Eliminierung der von ihr zu reduzierenden nuklearen und
chemischen Waffen.**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Russischen Föderation -

in dem Bestreben, die allseitige Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung vom 21. November 1991 weiterzuentwickeln und zu vertiefen,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, neue Strukturen der Sicherheit und Zusammenarbeit zu schaffen und zu entwickeln,

in dem Bestreben, den Prozeß der Abrüstung und Rüstungskontrolle in diesem Zusammenhang energisch weiterzuentwickeln,

in dem Wunsch, zur Beschleunigung der Eliminierung der in der Russischen Föderation zu reduzierenden Nuklearwaffen und zur Vernichtung der chemischen Waffen beizutragen,

entschlossen, einen Beitrag zur Verhinderung der Verbreitung von nuklearen und chemischen Waffen zu leisten -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland leistet der Regierung der Russischen Föderation unentgeltliche Hilfe bei der Eliminierung von nuklearen und der Vernichtung von chemischen Waffen im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation, die nach Maßgabe multilateraler und bilateraler Übereinkünfte sowie anderer Verpflichtungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zu reduzieren oder zu eliminieren sind. Die Vertragsparteien einigen sich auf konkrete Maßnahmen, die zum Ziel haben, der russischen Seite eine möglichst baldige, verlässliche und sichere Eliminierung dieser Waffen unter angemessener Berücksichtigung der Unversehrtheit der Umwelt zu ermöglichen. Die genannten Maßnahmen haben auch in einer solchen Art zu erfolgen, daß das Risiko der Weiterverbreitung dieser Waffenarten ausgeschlossen wird.

Artikel 2

(1) Zur Durchführung der in Artikel 1 vereinbarten Hilfeleistung schließen die Vertragsparteien durch ihre Durchführungsbehörden die notwendigen Vereinbarungen.

(2) Im Falle von Unvereinbarkeiten zwischen diesem Abkommen und einzelnen Ausführungsvereinbarungen haben die Bestimmungen dieses Abkommens vorrangige Geltung.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei benennt eine Durchführungsbehörde zur Umsetzung dieses Abkommens.

(2) Für die Bundesrepublik Deutschland ist die Durchführungsbehörde das Auswärtige Amt.

(3) Für die Russische Föderation ist die Durchführungsbehörde hinsichtlich der Nuklearwaffen das Ministerium für Atomenergie der Russischen Föderation, hinsichtlich der chemischen Waffen das Komitee beim Präsidenten der Russischen Föderation für Probleme der Übereinkommen über chemische und biologische Waffen.

Artikel 4

Beide Vertragsparteien werden darauf hinwirken, daß die im Rahmen dieses Abkommens oder zu schließender Ausführungsvereinbarungen zur Verfügung gestellten Hilfeleistungen nur zu den in diesen Vereinbarungen festgelegten Zielen verwendet werden. Jede andere Verwendung bedarf des Einverständnisses zwischen den beiden Vertragsparteien.

Artikel 5

Beide Vertragsparteien stellen die Möglichkeit sicher, daß die Art und Weise der Verwendung des im Rahmen von Hilfeleistungen bereitgestellten Materials und von Dienstleistungen, die nach diesem Abkommen gewährt werden, unter Beachtung der Bestimmungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen überprüft werden können, wenn möglich an Orten, an denen sich diese befinden oder genutzt werden, und durch Einsichtnahme der vorhandenen Berichtslegung oder Dokumentation. Einzelheiten können in Ausführungsvereinbarungen geregelt werden.

Artikel 6

(1) Keine der Vertragsparteien wird gegenüber den in diesem Abkommen oder in den zu schließenden Ausführungsvereinbarungen genannten Personen Ansprüche erheben im Zusammenhang mit Schäden, die diese bei Durchführung der ihnen nach diesen Übereinkünften übertragenen Aufgaben verursachen.

(2) Wird durch eine der in diesem Abkommen oder in den zu schließenden Ausführungsvereinbarungen genannten Personen einem Dritten gegenüber ein Schaden verursacht, so übernimmt diejenige Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Schaden eintritt, die Regelung der damit zusammenhängenden Ansprüche nach Maßgabe ihrer Gesetze.

(3) Dieser Artikel wird nicht auf Fälle vorsätzlicher Handlungen von Vertretern einer Vertragspartei angewendet, sofern diese die andere Vertragspartei schädigen und deren innerstaatliches Recht und/oder die Normen des Völkerrechts verletzen.

(4) Falls erforderlich, werden die Vertragsparteien über alle im Zusammenhang mit diesem Artikel auftretenden rechtlichen Fragen Konsultationen abhalten.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden im Hinblick auf Personal, Ausrüstungsgegenstände und Materialien, soweit von diesem Abkommen betroffen, alle erforderlichen Maßnahmen im Verwaltungs-, Steuer- und Zollbereich ergreifen, um dieses Abkommen optimal zu erfüllen. Regelungen bezüglich des Personals sowie der Ausrüstungsgegenstände und Materialien in den in Artikel 1 erwähnten Rüstungskontroll- und Abrüstungsübereinkünften werden nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts auf Personal, das im Einklang mit diesem Abkommen tätig ist, sowie auf die zu seiner Durchführung notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Materialien entsprechend angewandt.

Artikel 8

Um die praktische Umsetzung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird eine Gemeinsame Kommission eingesetzt, in der beide Vertragsparteien vertreten sind. Die Kommission wird nach Maßgabe der Erfordernisse tagen. Die Zusammensetzung der Delegationen zwecks Teilnahme an den Kommissionstagnungen wird durch jede Vertragspartei bestimmt.

Artikel 9

Dieses Abkommen berührt nicht Rechte und Pflichten der Vertragsparteien, die sich aus anderen von ihnen geschlossenen internationalen Verträgen und Abkommen ergeben.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder der Vertragsparteien mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt werden.

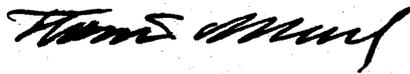
(2) Dieses Abkommen kann im Einvernehmen der Vertragsparteien geändert werden.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt am Tage des Eingangs der letzten Unterrichtung über die Erfüllung der für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen in Kraft.

Geschehen zu Moskau am 16. Dezember 1992
in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Russischen Föderation



[RUSSIAN TEXT – TEXTE RUSSE]

С О Г Л А Ш Е Н И Е

**МЕЖДУ ПРАВИТЕЛЬСТВОМ ФЕДЕРАТИВНОЙ РЕСПУБЛИКИ ГЕРМАНИИ
И ПРАВИТЕЛЬСТВОМ РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ
ОБ ОКАЗАНИИ ПОМОЩИ РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ
В ЛИКВИДАЦИИ СОКРАЩАЕМОГО ЕЕ
ЯДЕРНОГО И ХИМИЧЕСКОГО ОРУЖИЯ**

Правительство Федеративной Республики Германии и
Правительство Российской Федерации .

стремясь и далее развивать и углублять всестороннее
сотрудничество между Федеративной Республикой Германией и
российской Федерацией в соответствии с Совместным заявлением от
21 ноября 1991 г .

сознавая необходимость создания и развития новых структур
безопасности и сотрудничества .

стремясь энергично развивать в этой связи процесс
разоружения и контроля над вооружениями .

желая способствовать ускорению ликвидации сокращаемого в
Российской Федерации ядерного оружия и уничтожению химического
оружия .

исполненные решимости внести вклад в дело предотвращения
распространения ядерного и химического оружия .

согласились о нижеследующем :

Статья 1

Правительство Федеративной Республики Германии окажет
Правительству Российской Федерации безвозмездную помощь в деле
ликвидации ядерного оружия и уничтожения химического оружия на

территории Российской Федерации, сокращаемого или ликвидируемого в соответствии с многосторонними, двусторонними соглашениями и иными обязательствами по ограничению вооружений и разоружению. Договаривающиеся Стороны договариваются о конкретных мерах с целью обеспечения для Российской Стороны возможностей скорейшей, надежной и безопасной ликвидации такого оружия с должным соблюдением сохранности окружающей среды. Указанные меры должны также осуществляться в условиях, исключающих риск распространения этих видов оружия.

Статья 2

(1) Для осуществления помощи, согласованной в Статье 1, Договаривающиеся Стороны заключают через свои Исполнительные органы надлежащие соглашения.

(2) В случае расхождений между настоящим Соглашением и отдельными соглашениями об осуществлении преимущественную силу имеют положения настоящего Соглашения.

Статья 3

(1) Каждая Договаривающаяся Сторона назначает Исполнительный орган для осуществления настоящего Соглашения.

(2) Для Федеративной Республики Германии Исполнительным органом является Федеральное министерство иностранных дел.

(3) Для Российской Федерации Исполнительным органом в отношении ядерного оружия является Министерство Российской Федерации по атомной энергии, в отношении химического оружия -

Комитет по конвенциональным проблемам химического и биологического оружия при Президенте Российской Федерации.

Статья 4

Договаривающиеся Стороны обеспечат, чтобы помощь, получаемая в рамках настоящего Соглашения или будущих соглашений об осуществлении, использовалась только для целей, определенных в данных договоренностях. Любое другое использование зависит от согласия обеих Договаривающихся Сторон.

Статья 5

Обе Договаривающиеся Стороны обеспечат проверку, при соблюдении положений Договора о нераспространении ядерного оружия, порядка использования материалов и услуг, предоставляемых в рамках помощи в соответствии с настоящим Соглашением, если это возможно на местах их нахождения или использования и путем ознакомления с существующей отчетностью или документацией.

Подробности могут быть согласованы в соглашениях об осуществлении.

Статья 6

(1) Договаривающиеся Стороны не будут предъявлять лицам, упомянутым в настоящем Соглашении или в будущих соглашениях об осуществлении, претензий в связи с ущербом, причиненным в связи

с осуществлением функций, порученных им в соответствии с этими Соглашениями.

(2) Урегулирование претензий в связи с ущербом, причиненным третьему лицу одним из лиц, упомянутых в настоящем Соглашении или в будущих соглашениях об осуществлении, берет на себя в соответствии со своим законодательством та Договаривающаяся Сторона, на территории которой причинен ущерб.

(3) Настоящая Стáтья не будет применяться в случаях умышленных действий представителей одной из Договаривающихся Сторон, наносящих ущерб другой Договаривающейся Стороне и нарушающих ее внутреннее законодательство и/или нормы международного права.

(4) В случае необходимости Договаривающиеся Стороны будут проводить консультации по поводу любых возникающих в связи с настоящей Стáтьей правовых вопросов.

Статья 7

Договаривающиеся Стороны будут принимать все необходимые административные, налоговые и таможенные меры в отношении персонала, оборудования и материалов в контексте настоящего Соглашения для наилучшего выполнения настоящего Соглашения.

Положения упомянутых в статье 1 соглашений по ограничению вооружений и разоружению, касающиеся персонала, оборудования и материалов, распространяются соответствующим образом и в соответствии с внутренним законодательством на персонал,

действующий в соответствии с настоящим Соглашением, а также на оборудование и материалы, необходимые для его осуществления.

Статья 8

С целью обеспечения практического осуществления настоящего Соглашения будет создана Совместная комиссия, в которой будут представлены обе Договаривающиеся Стороны. Комиссия будет заседать по мере необходимости. Каждая Договаривающаяся Сторона определяет состав своей делегации, направляемой для участия в заседаниях Комиссии.

Статья 9

Настоящее Соглашение не затрагивает права и обязательства Договаривающихся Сторон, вытекающие из других заключенных ими международных договоров и соглашений.

Статья 10

(1) Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок. Любая из Договаривающихся Сторон может прекратить его действие путем письменного уведомления другой Стороны. В этом случае действие Соглашения прекратится по истечении 6 месяцев с даты уведомления.

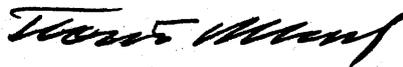
(2) Настоящее Соглашение может быть изменено по согласию Договаривающихся Сторон.

Статья 11

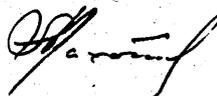
Настоящее Соглашение вступит в силу с даты получения последнего уведомления о выполнении надлежащих внутригосударственных процедур, необходимых для вступления Соглашения в силу.

Совершено в Москве " 16 " декабря 1992 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
ФЕДЕРАТИВНОЙ РЕСПУБЛИКИ
ГЕРМАНИИ



ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО
РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ



[TRANSLATION – TRADUCTION]

TR/010311/I-48407

Job Number: 11-30253X

Agreement

between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the Russian Federation
concerning support for the Russian Federation
in eliminating the nuclear and chemical weapons
it has pledged to reduce

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Russian Federation

Striving to develop further and to deepen all-round cooperation between the Federal Republic of Germany and the Russian Federation in accordance with the Joint Declaration of 21 November 1991,

Recognizing the need to create and develop new structures of security and cooperation,
Striving vigorously to develop the disarmament and arms control process in this context,
Wishing to help accelerate the elimination of the nuclear weapons and the destruction of the chemical weapons which the Russian Federation has pledged to reduce,

Firmly resolved to make a contribution toward preventing the proliferation of nuclear and chemical weapons,

Have agreed as follows:

Article 1

The Government of the Federal Republic of Germany shall provide assistance to the Government of the Russian Federation free of charge in the elimination of nuclear weapons and destruction of chemical weapons in the territory of the Russian Federation which are to be reduced or to be eliminated under multilateral and bilateral agreements and other obligations relating to arms control and disarmament. The Contracting Parties shall agree on specific measures aimed at providing the Russian Party with means for the speedy, reliable and safe elimination of such weapons, with due consideration being given to the integrity of the environment. The aforementioned measures must also be implemented under such conditions as to exclude the risk of proliferation of these types of weapons.

Article 2

(1) In order to implement the assistance agreed upon under Article 1, the Contracting Parties shall conclude appropriate agreements through their Implementing Authorities.

(2) In the event of discrepancies between this Agreement and individual implementation agreements, the provisions of this Agreement shall take precedence.

Article 3

(1) Each Contracting Party shall appoint an Implementing Authority to implement this Agreement.

(2) For the Federal Republic of Germany, the Implementing Authority shall be the Federal Ministry of Foreign Affairs.

(3) For the Russian Federation, the Implementing Authority shall be, in respect of nuclear weapons, the Ministry for Atomic Energy of the Russian Federation, and in respect of chemical weapons, the Committee on Convention-related Problems of Chemical Weapons and Biological Weapons attached to the Office of the President of the Russian Federation.

Article 4

The Contracting Parties shall ensure that the assistance received within the framework of this Agreement or future implementation agreements is used solely for the purposes defined in these agreements. Any other use shall require the consent of both Contracting Parties.

Article 5

Both Contracting Parties shall guarantee, subject to the provisions of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the possibility of verifying the manner in which materials and services provided within the framework of the assistance under this Agreement are used, if possible at the places of their location or use, and by means of inspection of available reports or documentation.

Details may be agreed in implementation agreements.

Article 6

(1) Neither of the Contracting Parties shall make claims against the persons referred to in this Agreement or in future implementation agreements in respect of damage which such persons cause in the performance of the functions assigned to them under such agreements.

(2) If a person referred to in this Agreement or in future implementation agreements causes damage to a third party, the Contracting Party in whose territory the damage has been caused shall be responsible for settling associated claims, in accordance with its domestic law.

(3) This article shall not apply to cases of intentional acts of representatives of one of the Contracting Parties to the extent that such acts cause harm to the other Contracting Party and violate its domestic law and/or standards of international law.

(4) If necessary, the Contracting Parties shall hold consultations with respect to any legal matters arising in connection with this Article.

Article 7

The Contracting Parties shall, with respect to personnel, equipment and materials covered by this Agreement, take all necessary administrative, tax and customs measures to implement this Agreement in an optimum manner.

Provisions relating to personnel, equipment and materials in the agreements on arms control and disarmament referred to in Article 1 shall be applied *mutatis mutandis* and in accordance with domestic law to personnel acting in accordance with this Agreement, as well as to equipment and materials required for its implementation.

Article 8

For the purposes of ensuring implementation of this Agreement in practice, a Joint Commission shall be established in which both Contracting Parties shall be represented. The Commission shall meet as and when required. Each Contracting Party shall determine the composition of the delegation it sends to participate in meetings of the Commission.

Article 9

This Agreement shall not affect the rights and obligations of the Contracting Parties arising out of other international treaties and agreements concluded by them.

Article 10

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period. Either Contracting Party may terminate it by means of written notification to the other Party. In this case, the Agreement shall be terminated upon expiration of six months from the date of notification.

(2) This Agreement may be amended by agreement between the Contracting Parties.

Article 11

This Agreement shall enter into force from the date of receipt of the last notification of compliance with the appropriate national procedures required for its entry into force.

Done at Moscow on 16 December 1992 in two originals, each in the German and Russian languages, both texts being equally authoritative.

For the Government of the Federal Republic of Germany

[Signature]

For the Government of the Russian Federation
[Signature]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TR/010311/German-Russian Federation

page 1 de 3

11-30254

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Fédération de Russie relatif à l'assistance à la Fédération de Russie dans l'élimination des armes nucléaires et chimiques qu'il s'est engagé à réduire

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Fédération de Russie, Désireux d'étendre plus avant et de renforcer la coopération multilatérale entre la République fédérale d'Allemagne et la Fédération de Russie conformément à la Déclaration commune du 21 novembre 1991, Reconnaissant la nécessité de construire et de développer de nouvelles structures en matière de sécurité et de coopération,

S'efforçant d'élaborer à cet égard des procédures de désarmement et de contrôle de l'armement, Désireux d'accélérer l'élimination des armes nucléaires et la destruction des armes chimiques que la Fédération de Russie s'est engagée à réduire,

Résolus à contribuer à la prévention de la prolifération des armes nucléaires et chimiques, Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fournit au Gouvernement de la Fédération de Russie une assistance gratuite dans l'élimination des armes nucléaires et la destruction des armes chimiques situées sur le territoire de la Fédération de Russie et que cette dernière s'est engagée à réduire ou à éliminer en vertu des accords multilatéraux ou bilatéraux qu'elle a conclus ou de toute autre obligation contractée en matière de limitation des armements et de désarmement. Les Parties contractantes sont convenues de mesures concrètes destinées à permettre à la Fédération de Russie de procéder à l'élimination de ces armes de manière rapide, fiable et en toute sécurité tout en préservant l'environnement. Lesdites mesures doivent également être mises en œuvre dans des conditions excluant tout risque de prolifération de ces armes.

Article 2

- 1) Aux fins de dispenser l'assistance visée à l'article premier, les Parties contractantes concluent des accords distincts par le biais de leurs Organes d'exécution.
- 2) En cas de divergence entre le présent Accord et les autres accords d'exécution, les dispositions du présent Accord prévaudront.

Article 3

- 1) Chaque Partie contractante désigne un organe d'exécution qui sera chargé de mettre en œuvre le présent Accord.
- 2) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, l'organe d'exécution est le Ministère fédéral des affaires étrangères.
- 3) Dans le cas de la Fédération de Russie, l'organe d'exécution est, en ce qui concerne les armes nucléaires, le Ministère de l'énergie atomique de la Fédération de Russie, et en ce qui concerne les armes chimiques, le Comité chargé des problèmes conventionnels liés aux armes chimiques et biologiques sous la direction du Président de la Fédération de Russie.

Article 4

Les Parties contractantes veillent à ce que l'assistance fournie au titre du présent Accord ou au titre d'accords relatifs à sa mise en œuvre qui seraient conclus à l'avenir, ne soit utilisée qu'aux seules fins prévues dans ces accords. Toute autre utilisation doit faire l'objet d'un accord entre les deux Parties contractantes.

Article 5

Les Parties contractantes vérifient, sous réserve des dispositions du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, la façon dont les matériaux et les services fournis dans le cadre de l'assistance apportée en vertu du présent Accord sont utilisés, si possible là où ils sont stockés ou utilisés, en se référant aux rapports ou documents existants.

Les détails peuvent être convenus dans les accords d'exécution.

Article 6

- 1) Les Parties contractantes n'introduiront aucune réclamation à l'encontre des personnes visées dans le présent Accord ou dans les accords relatifs à la mise en œuvre qui pourraient être conclus ultérieurement en cas de dommage subis dans le cadre des fonctions qui leur ont été attribuées au titre de ces accords.
- 2) Les réclamations ayant trait à des dommages causés à des tiers, introduites par une des personnes mentionnées dans le présent Accord ou dans les accords de mise en œuvre qui pourraient être conclus à l'avenir, seront traitées conformément à la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le dommage a été causé.
- 3) Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas en cas d'acte perpétré intentionnellement par un représentant d'une des Parties contractantes ayant causé des dommages à l'autre Partie contractante et violé sa législation nationale et/ou une norme du droit international.
- 4) En cas de nécessité, les Parties contractantes se consulteront sur toutes les questions de droit découlant du présent article.

Article 7

Les parties contractantes prennent toutes les mesures administratives, fiscales et douanières nécessaires ayant trait au personnel, à l'équipement et au matériel dans le cadre du présent Accord afin d'en garantir la mise en œuvre.

Les dispositions visées à l'article premier des accords relatifs à la limitation de l'armement et au désarmement concernant le personnel, l'équipement et le matériel s'appliquent, selon qu'il convient et en conformité avec la législation nationale, au personnel qui agit conformément au présent Accord, ainsi qu'à l'équipement et au matériel nécessaires à sa mise en œuvre.

Article 8

Afin d'assurer la mise en œuvre pratique du présent Accord, une commission mixte sera créée, dans laquelle les deux Parties contractantes seront représentées. La commission se réunira chaque fois que cela sera nécessaire. Chacune des Parties contractantes détermine la composition de la délégation qui assistera aux réunions de la commission.

Article 9

Les dispositions du présent Accord n'affectent en rien les dispositions et obligations des Parties contractantes découlant d'autres accords internationaux conclus par elles.

Article 10

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéfinie. L'une ou l'autre des Parties contractantes peut le dénoncer moyennant une notification écrite adressée à l'autre Partie, auquel cas l'Accord viendra à expiration dans les six mois à compter de la date de la notification.
2. Le présent Accord peut être modifié sur accord des Parties contractantes.

Article 11

Le présent Accord entre en vigueur à la date de la dernière notification informant de l'accomplissement de toutes les procédures internes nécessaires à son entrée en vigueur.

Fait à Moscou, le 16 décembre 1992, en deux exemplaires, chacun dans les langues allemande et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Pour le Gouvernement de la Fédération de Russie

Botschaft
Der Bundesrepublik Deutschland
Moskau
Ambassade de la République fédérale d'Allemagne

Traduction non-officielle
Note verbale 000001

L'ambassade d'Allemagne présente ses compliments au Ministère des affaires étrangères de la Fédération de Russie et, se référant à l'Article 11 de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la Fédération de Russie relatif à l'assistance à la Fédération de Russie dans l'élimination des armes nucléaires et chimiques qu'il s'est engagé à réduire, a l'honneur de l'informer que toutes les procédures internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord ont été accomplies par la partie allemande par la signature de l'Accord le 16 décembre 1992.

L'Ambassade d'Allemagne saisit cette occasion pour présenter au Ministère des affaires étrangères de la Fédération de Russie les assurances de sa considération distinguée.

Moscou,
M. P.

Au
Ministère des Affaires étrangères de la Fédération de Russie,
Direction du désarmement
Moscou